

Frei nach Gutsherren-Art

Die Folgen des Palmölbooms

Wegen ihrer verheerenden ökologischen Folgen ist die Produktion von Palmöl immer wieder in der Diskussion. Doch welche Auswirkungen haben die Palmölplantagen für die Bewohner und Bewohnerinnen der Anbauggebiete?

Sonja Mohr

Die Palmölproduktion in Indonesien hat in den letzten Jahren vor allem in zweierlei Hinsicht auf sich aufmerksam gemacht: Erstens durch eine negative CO₂-Bilanz, denn aufgrund von Brandrodungen zur Erschließung von Land für Plantagen in Waldgebieten und auf Torfböden wird mehr CO₂ freigesetzt, als man später durch die Verwendung von Palmöl zur Energiegewinnung (in den Abnehmerländern) einspart. Zweitens führt die Rodung von Wäldern und das Anlegen von Monokulturen zu einer Verringerung der Pflanzen- und Tiervielfalt – der Lebensraum und das Überleben vieler Arten, wie beispielsweise des Orang-Utans, sind bedroht und das veränderte Agro-Ökosystem wird anfälliger für Schädlingsbefall und Erkrankungen, was einen erhöhten Einsatz an Pestiziden, Herbiziden und Dünger bei der Landnutzung nötig macht. So können Anbau- und Verarbeitungsmethoden auf den Ölpalmonokulturen etwa durch Nutzung von Chemikalien, Abwässer der Ölmühlen und auch Verbrennungsmethoden zu einer Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden führen und zudem die Artenvielfalt gefährden. Nicht zu unterschätzen sind auch die Auswirkungen auf die ArbeiterInnen auf den Plantagen, die angrenzenden Siedlungen sowie (in unterschiedlicher Weise) auf die dort lebenden Männer und Frauen.

Der Kampf um Land

Die Erschließung neuer Gebiete bringt häufig die Verdrängung der dort lebenden Menschen mit sich – betroffen ist hiervon insbesondere die indigene Bevölkerung. Weltweit sollen schätzungsweise 60 Millionen Indigene davon bedroht sein, zugunsten von Plantagen von ihrem Land verdrängt zu werden; fünf Millionen davon allein in der indonesischen Provinz Westkalimantan. Die Anerkennung indigener Landrechte ist ein zentrales Problem; insbesondere Frauen,

die allein stehend oder deren Männer etwa aus beruflichen Gründen abwesend sind, wird von den Entscheidungsträgern häufig kein Recht auf Entschädigungen eingeräumt. Auch bei Zusage von Entschädigungen werden diese oftmals entweder gar nicht oder mit großer Verzögerung gezahlt – und unter Umständen führen die Entschädigungen zu weiteren Konflikten, wie der Fall der 43-jährigen Margaretha Yuniar in einem Dorf in Westkalimantan zeigt:

Yuniar und ihre Familie entschieden sich 1996 dazu durch den Anbau von Ölpalmen ein zusätzliches Einkommen zu schaffen. Sie übergaben ihre 7,5 Hektar Land an das Palmölunternehmen *PT Ponti Makmur Sejahtera* (PT PMS). Im Gegenzug sollten sie zwei Hektar zum Anbau von Ölpalmen erhalten. Fünf Hektar würden PT PMS übernehmen und Yuniar und ihrer Familie jedes Jahr fünf Prozent des Nettogewinns auszahlen. Der verbleibende halbe Hektar sollte als Wohnfläche zur Verfügung stehen. Doch erst 2002, also sechs Jahre später, erhielt Yuniar dann endlich ein Stück Land, das allerdings lediglich 1,5 Hektar maß. Auf dieses, ihr neu zugewiesene Land erhob ein Dritter Anspruch und verweigerte Yuniar jegliches Ernterecht. Trotz eines Protestmarsches von 800 ähnlich betroffenen AnwohnerInnen des Gebiets und Verhandlungen mit dem indonesischen Unternehmen Golden Hope (von dem PT PMS 2005 übernommen wurde), wurde die Landrechtsfrage nicht geklärt.

Yuniars Fall ist ein Beispiel von vielen, das zeigt, wie mit der Rodung von Wald zugunsten von Plantagen den dort lebenden Männern und Frauen ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Setzen Betroffene sich gegen die Landnahme durch die großen Unternehmen zur Wehr, werden sie durch Gewaltanwendung eingeschüchtert – wobei Frauen insbesondere durch sexualisierte Gewalt bedroht sind – oder sie werden von der Palmölfirma beispielsweise wegen Sachbeschädigung angezeigt, woraufhin sie ihre Dörfer verlassen müssen,

Die Autorin ist Studentin der Ethnologie und Malaiologie an der Universität zu Köln.



wenn sie nicht inhaftiert werden wollen. Willkürliche Verhaftungen sind ein gängiges Mittel, um Widerstand zu unterbinden, wie etwa auch der Fall Muhammad Rusdi zeigt: Rusdi, Bürgermeister eines Dorfes in der Provinz Jambi auf Sumatra, leitete vor seiner Gefangennahme den Widerstand gegen Landnahmepraktiken der zum PT Sinar Mas-Konzern gehörenden PR Kresna Duta Agroindo (siehe auch Oliver Pyes Artikel, S. 11).

Schlechte Arbeitsbedingungen

Die AnwohnerInnen, die auf den entstandenen Plantagen eine neue Einkommensquelle finden, sehen sich hier oftmals mit problematischen Arbeitsbedingungen, wie schlechter Bezahlung, mangelnder Einarbeitung oder mangelndem Arbeitsschutz konfrontiert. Durch ein Stücklohn-System sind viele ArbeiterInnen zu langen Arbeitsschichten gezwungen. Hinzu kommt, dass Frauen in der Regel nicht in der Lage sind, die gleiche Stückzahl zu ernten, wie ihre männlichen Kollegen, wodurch ihre Einkommenschancen zusätzlich deutlich geringer sind. Darüber hinaus sind Frauen, deren Ehemänner ihre Produktionsquote nicht erreichen, zu unbezahlter Arbeit gezwungen, um ihre Männer beim Erreichen der Quote zu unterstützen.

Ein weiteres Problem ist die Arbeit mit Herbiziden, Pestiziden und Düngern, zu der auf den Plantagen in der Regel Frauen eingesetzt werden. Einarbeitung und Sicherheitsausrüstungen sind oftmals unzureichend, was langfristig schwerwiegende Auswirkungen auf ihre Gesundheit (und während einer Schwangerschaft auch auf die Gesundheit ihrer Kinder) haben kann. Erfolgt die Lagerung der Chemikalien in den privaten Haushalten der ArbeiterInnen, stellt sie ein weiteres Gesundheitsrisiko dar: Durch die mangelnde Einarbeitung und fehlende Alphabetisierung werden beispielsweise oftmals leere Kanister für Haushaltszwecke genutzt.

Die harte und gesundheitsgefährdende Arbeit auf den Plantagen kommt zu den ebenfalls häufig in der Verantwortung der Frau verbleibenden Aufgaben, wie der Versorgung der Kinder und der Nahrungsmittel-, Wasser- und Energieversorgung (etwa das Sammeln von Feuerholz) der Familie hinzu – Aufgaben, die durch weitere Wege und Verschmutzung von Gewässern, insbesondere flussabwärts der Plantagen, erschwert werden. So müssen Frauen mehr Zeit auf den Haushalt verwenden. Die Folge sind weniger Zeit für Bildung, Einkommen schaffende Aktivitäten oder Teilhabe am öffentlichen Leben.

Auch Arbeitsbereiche, in denen es eine Arbeitnehmervertretung gibt, versprechen nicht zwangsläufig eine Verbesserung der Bedingungen. Zwar besteht in Indonesien per Gesetz das Recht auf Gründung einer solchen Vertretung, doch werden sie in der Realität

durch Einschüchterungen oder langwierige Vermittlungsprozesse geschwächt.

Im Laufe eines Streiks in einer seiner Produktionsstätten auf Sumatra, sorgte etwa das Palmölunternehmen Musim Mas kurzerhand für 100 Ersatz-Arbeitskräfte. Diese wurden auf Lastern auf das Firmengelände gebracht, wobei zwei streikende Gewerkschaftsmitglieder verletzt wurden. Aufgebracht über das aggressive Verhalten der Firma, rissen einige Dutzend Demonstranten das Eingangstor ein. Dies nutzte Musim Mas, um sechs Gewerkschaftsführer wegen Sachbeschädigung verhaften zu lassen und 701 Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen. Diese Mitglieder und über 1.000 Familienangehörige wurden von bewaffneten Polizisten und Soldaten aus den firmeneigenen Unterkünften vertrieben, ihre Kinder aus den firmeneigenen Schulen ausgeschlossen. Die sechs Gewerkschaftsführer wurden zu bis zu zweijährigen Haftstrafen verurteilt.

Abhängigkeit der KleinbäuerInnen

Doch nicht nur die Arbeit auf Plantagen, sondern auch die Produktion auf Kleingrundbesitz bringt Probleme mit sich. Etwa 30 Prozent des indonesischen Palmöls wird von KleinbäuerInnen produziert. Viele von ihnen haben ihr Land durch das Anlegen großer Plantagen verloren und zum Ausgleich zwei Hektar Land zum Anbau von Ölpalmen erhalten. Da die Palmölgesellschaften für die anfängliche Aufbereitung des Landes und die Setzlinge Kredite zur Verfügung stellen, sind die KleinbäuerInnen durch ihre Schulden an die Unternehmen gebunden. Wenn die Ölpalmen schließlich abgeerntet werden können, sind die BäuerInnen gezwungen, ihre Ernte an die Gesellschaften zu verkaufen, um so ihre Schulden abzutragen. Der Verkauf an andere Abnehmer wird dadurch erschwert, dass die Ernte innerhalb von 48 Stunden weiterverarbeitet werden muss. So bleibt häufig nicht viel Zeit einen Abnehmer zu suchen und die Ernte gegebenenfalls noch über eine längere Strecke zu transportieren. Aufgrund dieser Umstände liegt die Bezahlung häufig weit unter dem Marktpreis.

Auch durch Bewässerungssysteme auf den Plantagen und dadurch bedingte Wasserknappheit außerhalb der Monokulturen, kann den KleinbäuerInnen auf angrenzenden Flächen der Anbau erschwert werden. Darüber hinaus müssen sie durch das veränderte und anfälligeres Agro-Ökosystem oftmals Herbizide, Pestizide und Dünger verwenden, die zugekauft werden müssen. Wird hierfür die Aufnahme von Krediten nötig, geraten die KleinbäuerInnen wiederum in eine Abhängigkeit. In Kontexten, in denen Frauen der Zugang zu Krediten verwehrt bleibt, sind sie von der Möglichkeit eigener Einkommensgenerierung durch den Anbau von Ölpalmen gänzlich ausgeschlossen.

Geringere Ernährungssicherheit

Die Verwendung von Nahrungspflanzen zu Energiegewinnung trägt außerdem zu steigenden Lebensmittelpreisen bei – in Indonesien stieg beispielsweise der Preis für Bratöl, infolge der hohen Nachfrage nach Palmöl, um etwa 50 Prozent. Doch nicht nur der Anbau von Ölpalmen, sondern auch die Produktion von Maniok und Zuckerrohr, zur Herstellung von Bioethanol, soll ausgeweitet werden. Dies kann einerseits BäuerInnen zugute kommen. Doch auf der anderen Seite kann es für alle die, die nicht vom Anbau leben und einen Großteil ihrer Nahrungsmittel kaufen müssen, zu einer Verschärfung ihrer unter Umständen ohnehin bereits schwierigen ökonomischen Lage kommen.

Ebenso problematisch sind zunehmende Preisschwankungen: Mit wachsender Nachfrage nach Bio-Kraftstoffen werden Nahrungsmittel und Ölpreise enger aneinander geknüpft. Dies kann zu höheren Preisschwankungen im Lebensmittelsektor führen, da er sich dem Energiemarkt anpasst. Insbesondere arme Menschen, die keine Subsistenzwirtschaft betreiben und so vom Einkauf von Lebensmitteln abhängig sind, haben kaum eine Möglichkeit diese Schwankungen aufzufangen.

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit gefordert

Erste Bemühungen, ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien für die Palmölproduktion zu erstellen, werden seit 2002 vom *Roundtable on Sustainable Palm Oil* (RSPO) angestrengt. Während der Zertifizierungsprozess durch den RSPO freiwillig – und nicht unumstritten – ist, streben Länder wie Deutschland, Großbritannien und die Niederlande mittlerweile die Entwicklung eines verpflichtenden Zertifikats an. Außerdem gibt es Forderungen nach einem Zertifikat, das unabhängig von Wirtschaftsunternehmen und Regierungen vergeben werden soll, um seine Glaubwürdigkeit zu sichern und nicht als Deckmantel, als »Greenwashing«, zu dienen.

Auch die politischen Entscheidungsträger der EU sind dazu aufgerufen, ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu fördern – etwa im Hinblick auf ihre Richt-

linie, nach der bis 2020 zehn Prozent des Transportenergiebedarfs aller EU-Mitgliedsstaaten durch Bio-Kraftstoffe gedeckt werden sollen. Diesen erhöhten Bedarf an Pflanzenölen kann die EU nur durch Importe decken und trägt damit durch energiepolitische Entscheidungen zu einer erhöhten Nachfrage auch nach Palmöl bei. In Anbetracht des potentiell erhöhten Exports planen Länder, in denen Palmöl produziert wird, ihre Anbauflächen (erheblich) zu vergrößern. Hier ist die EU gefordert Nachhaltigkeitsstandards zu entwickeln und an ihrer zehn Prozent-Marke nur dann festzuhalten, wenn sie sich in den Produktionsländern sozial und ökologisch nachhaltig erreichen lässt. Eckpfeiler dieser Nachhaltigkeit könnten beispielsweise Arbeitsbedingungen nach den Richtlinien der International Labour Organization; die Forderung nach einer Rohmaterialproduktion, die sich nicht negativ auf die AnwohnerInnen der Anbaugebiete auswirkt; fairer Handel mit KleinbäuerInnen und eine Garantie des Rechts auf Ernährung sein – und zwar für Männer und Frauen.



Blick in eine unsichere Zukunft – Arbeiterin auf einer Ölpalmplantage

Quelle: DTE Newsletter No. 78, <http://dte.gu.apc.org/news.htm>

Literatur

- Bailey, Robert. 2007. Oxfam Briefing Note: Bio-fuelling Poverty. Why the EU renewable-fuel target may be disastrous for poor people.
 - Down to Earth. 2007. The impacts of oil palm plantations on women. In: Down to Earth 74.
 - Schott, Christina. 2008. Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Asien und Pazifik: Biodiesel aus Palmöl und nachhaltige Produktion in Indonesien – ein Widerspruch in sich? Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Weitere Informationen unter www.genanet.de